

AUF

WIEDERSEHEN!



INHALT

KANTONALE ABSTIMMUNGEN	2-3
NATIONALE ABSTIMMUNGEN	4
KANTONSRATSFRAKTION	5
AUS DER REGION	6-7
GRÜNE STADT ZÜRICH	8-9
GRÜNE WINTERTHUR	10
JUNGE GRÜNE	11
AGENDA	12

Redaktion und Verlag

Grüne Kanton Zürich
Ackerstrasse 44, 8005 Zürich
044 440 75 50
www.gruene-zh.ch
sekretariat@gruene-zh.ch
IBAN CH09 0900 0000 8002 6744 4

Liebe Grüne

Am 1. April 2011 wurde ich ins Präsidium der Grünen Kanton Zürich gewählt. Nach neun Jahren ist es für mich jetzt an der Zeit, das Zepter zu übergeben. Es war eine intensive Zeit, mit Hochs und Tiefs für die Partei. Eine Zeit, die mich verbunden hat mit den Menschen und den Werten der Partei. Ich möchte mich bei Euch bedanken. Für das Vorschussvertrauen (der Tagesanzeiger titelte damals «Als Greenhorn an die Parteispitze»): Mein Gesicht war kaum 2 Jahre bekannt in der Partei, es gab weder die klassische «Ochsentour» durch die Ämter, noch sonst einen offensichtlichen Grund, der mich für dieses Amt qualifiziert hätte – trotzdem war man bereit, mir diese Aufgabe zu übergeben und mich nach Kräften zu unterstützen. Mit der Kulturlandinitiative konnte ich in dieser Zeit eine Volksinitiative von Anfang bis Ende begleiten. Für die Politik braucht es einen langen Atem – und erneuerbare Energien. Zum Glück haben die GRÜNEN beides. Bedanken möchte ich mich für die Unterstützung bei der Arbeit durch das

Sekretariat. Von Euch wird viel gefordert – als bezahlte Drehscheibe inmitten von Freiwilligen – das ist nicht immer einfach. Und bedanken möchte ich mich bei meinen engen Weggefährter*innen in der Partei, die mich beraten, unterstützt, motiviert und kritisiert haben. Esther Guyer, Martin Neukom, Ulla Blume, Markus Kunz, Beat Bloch, Christoph Hug, Daniel Leupi und viele mehr. Die Arbeit im Präsidium war ein Privileg und es ist für mich eine grosse Freude, die Partei so wähler*innenstark wie noch nie (als drittstärkste Partei im Kanton!) und so mitgliederstark wie noch nie (2'175 Mitglieder!) in neue Hände zu geben.

Mein politischer Fokus verschiebt sich nun nach Bern. Aber natürlich werde ich weiterhin bei den Grünen Kanton Zürich präsent sein und freue mich, Euch wieder zu sehen und mit Euch an den Grünen Zielen zu arbeiten. Auf ein – baldiges – Wiedersehen!

■ Marionna Schlatter,
Präsidentin Grüne Kanton Zürich

LIEBE LESERINNEN

Im Kanton Zürich stimmen wir am 17. Mai 2020 über das neue Strassengesetz ab. Die Gesetzesänderung geht zurück auf einen Grünen Vorstoss von Alt-Kantonsrat Röbi Brunner. Im Zentrum der Vorlage steht eine gerechtere Finanzierung der Gemeindestrassen (S. 3).

Mit der brandgefährlichen Kündigungsinitiative droht ein Ende der Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbar*innen und der Verlust der flankierenden Massnahmen (S. 4). Hier gilt es einmal mehr dem Abschottungsmantra und der Sündenbockpolitik der SVP konsequent entgegenzutreten.

Mit der deutlichen Ablehnung des Rosengarten-Tunnels am 9. 2. 2020 haben wir GRÜNE einen schönen Abstimmungserfolg erzielt. Das Votum ist klar: Der Kanton Zürich will keine Verkehrslösungen von vorgestern, sondern eine nachhaltige Verkehrswende (S. 8). Nehmen wir diesen Schwung mit, um motiviert in die kommenden Abstimmungskämpfe zu ziehen.

■ Steven Goldbach, Geschäftsführer a.i. Grüne Kanton Zürich

> publikation@gruene-zh.ch

IMPRESSUM

grünes blatt – Zeitung der Grünen Kanton Zürich, Ackerstr. 44, 8005 Zürich. Erscheint 4x jährlich. Auflage: 3000 Ex. Redaktion & Layout: Steven Goldbach. Korrektorat: Beat Hess & Ulla Blume. An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Marionna Schlatter, Silvia Rigoni, Robert Brunner, Bastien Girod, Rita Hug, Johanna Wirth Calvo, Marianne Oswald, Martin Graf, Thomas Feer, Brigitte Fürer, Gabi Kisker, Kathy Steiner, Eticus Rozas, Lisa Kromer, Katharina Frei-Glowatz, Lea Wenger, Gina Marti, Markus Kunz, Steven Goldbach; Bildnachweise: S.3.: elson/photocase, S.8: AWEL: Kantonaler Trinkwasserverbund, S.6: misterqm/photocase, S.9: nightnurse, S.10: sunshine/photocase. Druck: Ropress. Diese Zeitung ist CO₂-neutral und auf FSC-Papier gedruckt: FSC C010121.

**JA ZU MEHR SOLIDARITÄT
BEI DEN ZUSATZLEISTUNGEN**

Wenn Menschen in finanzielle Not kommen, unterstützt das Sozialwesen. Damit ein mehr oder weniger gutes und würdiges Leben möglich bleibt. Stark ins Gewicht fallen dabei die Zusatzleistungen zu AHV- und IV-Renten. Im Kanton Zürich tragen die Gemeinden den grössten Teil dieser Kosten. Das führt dazu, dass es empfindliche Unterschiede im Kanton gibt. In den Städten, aber auch in einzelnen Gemeinden im Limmattal oder Glattal, betragen die Ausgaben 500 Franken und mehr pro Kopf, in einer ländlichen Gemeinde können dies deutlich weniger als 100 Franken sein.

Wenige Einflussmöglichkeiten der Gemeinden

Die Gemeinden übernehmen heute bei den Zusatzleistungen 56% der Kosten. Die restlichen 44% tragen der Kanton und der Bund gemeinsam. Die Regelungen zu den Zusatzleistungen werden auf Bundes- und Kantonsebene gemacht. Es gibt keinen Spielraum bei den Gemeinden. Eine Gemeinde mit vielen günstigen Wohnungen oder Alterswohnungen hat ein höheres Risiko, pro Kopf mehr an Zusatzleistungen zahlen zu müssen. So gibt es Gemeinden, die bei der Planung einer Alterssiedlung eher zurückhaltend agieren. Unschön, aber eine nicht überraschende Folge der aktuellen Finanzierung.

Zähes Ringen um mehr Ausgleich

Die Unterschiede zwischen den Gemeinden haben sich im Laufe der Zeit verschärft und die Belastung einzelner Gemeinden ist gewachsen. Deshalb haben die SP, die GRÜNEN und die BDP vor nun bald sechs Jahren vorgeschlagen, einen Ausgleich zu suchen. Mehrere Jahre hat die kantonsrätliche Kommission um eine Lösung gerungen, die politisch ausgewogen ist. Entscheidend war auch, den in dieser Frage

wichtigen Gemeindepräsidentenverband im Boot zu haben.

Der Kompromiss: Der Kanton soll mehr zahlen

Statt der heutigen 44% soll der Kantonsanteil auf 70% festgelegt werden. Damit alle Gemeinden profitieren, sollen mit einem Plafond höchstens 125% der durchschnittlichen Bruttokosten angerechnet werden können. So werden die Unterschiede zwischen den einzelnen Gemeinden kleiner und die Gemeinden insgesamt entlastet. Grob geschätzt folgt daraus eine jährliche Mehrbelastung des Kantons von rund 200 Millionen Franken – mit wahrscheinlich steigender Tendenz.

SVP will die Kosten durch Kürzungen senken

Die SVP ist im Kantonsrat deutlich unterlegen und hat nun das Behördenreferendum ergriffen. Sie will stark belastete Gemeinden nicht mit einer Kostenverschiebung zum Kanton entlasten, sondern ist der Meinung, man solle beim Aufwand sparen – also generell weniger soziale Unterstützung auszahlen.

Grüne Fraktion steht hinter dem Kompromiss

Wie bei Kompromissen üblich, ist die Fraktion der GRÜNEN nicht wirklich zufrieden. Sie hatte eine vollständige Solidarität unter den Gemeinden vorgeschlagen. Da dies politisch aber chancenlos ist, ist sie auf den Kompromiss eingeschwenkt. So empfehlen nun Fraktion und Geschäftsleitung, die Änderung des Zusatzleistungsgesetzes anzunehmen.

■ Silvia Rigoni, Kantonsrätin

JA ZU EINER GERECHTEREN FINANZIERUNG DER GEMEINDESTRASSEN

Am 17. Mai 2020 stimmen wir über eine gerechtere Finanzierung der Gemeindestrassen ab. Neu sollen mindestens 20% der Einlagen in den kantonalen Strassenfonds an die Gemeinden überwiesen werden. Massgebend für die Verteilung sind dabei die Kilometer Gemeindestrassen, die vom motorisierten Individualverkehr befahren werden können.



Der kantonale Strassenfonds hat jährliche Einnahmen aus den kantonalen Verkehrsabgaben plus einen Anteil an der Mineralölsteuer und der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) im Umfang von rund 440 Mio. Franken.

Aber lediglich 340 Mio. Franken gibt der Kanton tatsächlich aus: Für Unterhalt, Amortisation und Verzinsung der Kantonsstrassen sowie Vergütungen an das Amt für Verkehr, die Kantonspolizei und den Finanzausgleich. Seit Jahren erwirtschaftet der Strassenfonds einen Überschuss von rund 100 Mio. Franken pro Jahr (ohne Sonderfaktoren). Per 31. Dezember 2018 befanden sich im Strassenfonds bereits 1,3 Mia. Franken. Jährlich kommen 100 Mio. Franken hinzu.

Gelder aus dem Strassenfonds dürfen nur zweckgebunden verwendet werden, also für Strassen. Ganz offensichtlich hat der Kanton also keine vernünftige Verwendung für diese Gelder. Das Nein zum Rosengartenunsinn hat zudem gezeigt, dass es für solche Grossprojekte im Kanton keine Mehrheiten gibt. Die Wahrheit ist aber auch, dass selbst mit dieser Gesetzesänderung der Rosengartentunnel problem-

los hätte finanziert werden können. Die Umfahrung Neeracher Ried wird also nicht gefährdet.

Die Gemeinden geben heute (Quelle: Anfrage Daniel Heierli 265/2015) zusammen rund 475 Mio. Franken pro Jahr für ihre Strassenrechnung aus. Das sind zwar ältere Zahlen (2012 – 2014), die Grössenordnung wird aber immer noch stimmen. Mit einem Übertrag von 80 - 90 Mio. Franken werden also nur gerade 20% der Kosten der Gemeinden abgedeckt. Das ist sicher nicht genug, aber es ist besser als das, was wir bisher haben.

Was werden die Gegenargumente sein:

■ **Der Strassenfonds ist heute mit über 540 Mio. Franken verschuldet.**

Das ist wie eine Hypothek, die jährlich amortisiert und verzinst wird. Trotzdem macht der Strassenfonds jährlich einen Überschuss von rund 100 Mio. Franken.

■ **Die bedürftigen Gemeinden bekommen schon heute Geld aus Sonderlastenausgleich zur Finanzierung der Gemeindestrassen.**

Das ist richtig, allerdings ist das ein Brösmeli von 12,2 Mio. Franken und mit

Berg am Irchel oder Boppelsen gehören auch finanzstarke Empfänger-Gemeinden zu den Empfängern.

■ **Die Bonzengemeinden am Zürichsee haben das gar nicht nötig.**

Es geht nicht darum, wer das nötig hat und wer nicht, sondern ob der motorisierte Individualverkehr auch einen Anteil an die Strassenkosten der Gemeinden leisten soll oder nicht.

■ **Die Verteilung braucht viele neue Stellen.**

Das ist Quatsch. Die Erfassung der Strassenlänge ist ein einmaliger Aufwand. Die Einhaltung der Zweckbestimmung kann einfach anhand der verfügbaren Gemeindedaten kontrolliert werden.

■ **Damit bauen die Gemeinden neue Strassen.**

Falsch, das Geld ist nur für den Unterhalt vorgesehen, nicht für die Investition.

■ Robert Brunner, Alt-Kantonsrat

PAROLENSPIEGEL

17. MAI 2020

Kantonale Vorlagen (Anträge der Geschäftsleitung)

- JA Änderung Zusatzleistungsgesetz
- JA Änderung Strassengesetz

Eidgenössische Vorlagen

- NEIN Änderung Jagdgesetz
- NEIN Änderung Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten)
- NEIN Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)»

> gruene-zh.ch/abstimmungen

NEIN ZUR KÜNDIGUNGSINITIATIVE

Die von der SVP lancierte Initiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» will, dass die Schweiz die Zuwanderung von Ausländer*innen eigenständig regelt. Bei Annahme der Initiative soll der Bundesrat das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen, falls es nicht in Verhandlungen ausser Kraft gesetzt werden kann. Der Initiativtext verbietet zudem, andere Abkommen abzuschliessen, mit denen ausländischen Staatsangehörigen eine Personenfreizügigkeit gewährt würde.

Mehr Lohndumping wegen Kündigungsinitiative

Das von der Kündigungsinitiative geforderte Ende der Personenfreizügigkeit würde auch die Abschaffung der flankierenden Massnahmen bedeuten. Diese wiederum gewährleisten die Einhaltung minimaler Arbeits- und Lohnbedingungen in der Schweiz. Eine Abschaffung der flankierenden Massnahmen würde den Lohnschutz und die Rechte der Arbeitnehmenden in der Schweiz massiv schwächen.

Sündenbockpolitik à la SVP

Wie schon mit der Masseneinwanderungs- und der Durchsetzungsinitiative bewirtschaftet die SVP auch mit der Kündigungsinitiative das Bild der Einwanderung als Sündenbock. Das ist destruktiv und missachtet den wichtigen Beitrag, den Migrant*innen für das Wohl der Schweiz leisten. Die Kündigungsinitiative entrechtet zudem Ausländer*innen in der Schweiz. Die Personenfreizügigkeit regelt nicht nur, wer zu welchen Bedingungen in die Schweiz kommen kann. Mindestens so wichtig ist, dass jene EU-Bürger*innen, welche hier leben, nicht gegenüber den Schweizer*innen diskriminiert werden dürfen.

Keine Abschottungspolitik: Brücken statt Mauern

Eine Abschottung der Schweiz, wie sie die Kündigungsinitiative anstrebt, schadet der Bevölkerung und den Unternehmen. Wir setzen uns für Brücken statt Mauern ein. Und somit für eine Schweiz, die auf den konstruktiven Dialog mit den Nachbarländern setzt. Die Kündigungsinitiative schreibt in der Verfassung das Ende von Personenfreizügigkeit und flankierenden Massnahmen fest und will damit das Ende des bilateralen Wegs. Das hat gravierende Auswirkungen für die Bevölkerung und für die Wirtschaft.

Es wird ein Abstimmungskampf von allen gegen die SVP. Im nationalen Parlament war die SVP die einzige Partei, die die Initiative unterstützt hat. Die Gegenkampagnen werden differenziert geführt, so gibt es neben dem breiten Economiesuisse-Komitee (stark+vernetzt) auch eine Kampagne der Gewerkschaften und von anderen Gruppierungen.

Stellvertreterdiskussion um Rahmenabkommen

Im Abstimmungskampf wird eine Stellvertreterdiskussion geführt werden. Es wird nicht nur um die Personenfreizügigkeit gehen, sondern um das Verhältnis der Schweiz zu Europa: Um das Rahmenabkommen. Die Position der GRÜNEN ist hier klar: Rahmenabkommen Ja – aber – es braucht die Klärung bei der Lohnschutz-Frage. Denn wer den Lohnschutz schwächt, fährt den bilateralen Weg an die Wand. Das ist die richtige Antwort auf die Kündigungsinitiative.

Mehr Informationen: <https://gruene.ch/abstimmungsempfehlung/kuendigungsinitiative>

■ Marionna Schlatter, Präsidentin Grüne Kanton Zürich und Nationalrätin

NEIN ZUM JAGDGESETZ

Das Jagdgesetz dient dem Schutz bedrohter Arten. Die vorliegende Revision würde diesen Schutz aber massiv abbauen:

1. Abschuss geschützter Arten: Der Bundesrat könnte neu ohne Einbezug des Parlaments über den Verordnungsweg geschützte Arten auf die Liste der regulierbaren Arten setzen.
2. Kein Referendum mehr möglich: Weil neu keine Gesetzesänderung mehr notwendig ist, um bedrohte oder geschützte Arten wie Höckerschwan, Biber, Wolf, Luchs oder Bär auf die Abschussliste zu nehmen, kann dies auch nicht mehr mit einem Referendum verhindert werden.
3. Abschüsse auf Vorrat: Geschützte Tiere sollen neu bereits bei wahrscheinlichen und nicht erst bei tatsächlichen Schäden abgeschossen werden können. Dadurch fehlt auch ein Anreiz, präventive Massnahmen zum Schutz von Herden zu ergreifen.

Geschützte Arten können bereits heute reguliert werden. Durch die Kompetenzverschiebungen an Bundesrat und Kantone würden die Hürden dazu aber drastisch gesenkt. Der Artenschutz würde zum Spielball der Interessen einzelner Nutzergruppen.

Um Konflikte mit grossen Raubtieren zu lösen, braucht es echte Präventivmassnahmen, die ein besseres Zusammenleben von Wild- und Nutztieren ermöglichen, etwa durch Unterstützung beim Herdenschutz. Präventives Abschliessen ist keine Lösung.

Für die GRÜNEN ist diese Vorlage inakzeptabel: Den Artenschutz aufzuweichen, während das Artensterben in der Schweiz und weltweit ungebrems voranschreitet, ist absurd und kurzsichtig.

■ Bastien Girod, Nationalrat

VON «HIRNSTROM» UND

ERFOLGREICH VERHINDERTEN VERKEHRSSÜNDEN

Stühlerücken in der Kantonsratsfraktion: Mit Röbi Brunner und Kathy Steiner sind zwei langjährige Parlamentsmitglieder der GRÜNEN im Februar zurückgetreten. Im Gespräch ziehen beide Bilanz nach ihrer 15- bzw. 6-jährigen Parlamentszeit.

Am 10. Februar hattet ihr beide eure letzte Sitzung im Kantonsrat. Was werdet ihr am meisten vermissen?

K: Die Kommissionsarbeit wird mir schon fehlen. Dort finden die sachlichen Auseinandersetzungen statt und – im Idealfall – ist eine konstruktive Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg möglich. Das macht dieses Amt höchst interessant. Und ich werde durchaus auch einige mir liebgewordene Menschen vermissen.

R: Die vielen Kolleginnen und Kollegen im Rat, vor allem natürlich die unsrigen.

Was waren die positiven und negativen Höhepunkte in eurer Amtszeit?

R: Wenn man 15 Jahre lang meistens auf den Sack bekommen hat, dann wird man bescheiden. Der grösste Erfolg war für mich der Sieg bei der Kulturlandinitiative. Ich war schon als Student vor 40 Jahren auf der Piste, um Unterschriften für den Kulturlandenschutz zu sammeln. Das wird mich auch in Zukunft beschäftigen. Die Art und Weise, wie dann von der Verwaltung und dem Parlament die Umsetzung der Kulturlandinitiative sabotiert wurde, war dann aber der Tiefpunkt meiner Laufbahn.

K: Der negative Höhepunkt war sicher die Abstimmung über die Beitragskürzung für vorläufig aufgenommene Personen mit Status F. Das war ganz klar der Tiefpunkt in einer stetigen Verschärfung der Asyl- und Sozialpolitik. Der Höhepunkt war – noch brandheiss sozusagen – die Ablehnung des Rosengartentunnels. Seit ich politisch aktiv bin, ist diese Verkehrssünde das grosse Thema in meinem Wahlkreis. Der lange Kampf dagegen hat sich gelohnt. Im Quartier war denn auch die Ablehnung so hoch wie nirgends sonst, was mich noch ganz besonders freut.



Ihr habt die Fraktion jetzt über mehrere Legislaturperioden begleitet. Wie habt ihr die parlamentarische Arbeit der GRÜNEN in dieser Zeit erlebt? Wie haben sich die GRÜNEN in dieser Zeit verändert?

K: Die GRÜNEN sind jetzt auf allen politischen Ebenen und in vielen Kantonen gut vertreten und auch hoch kompetent und engagiert an der Arbeit. Ich fände es wichtig, dass die GRÜNEN hier einen engeren Austausch untereinander pflegen würden. Es wird überall viel Gutes geleistet und das sollten wir GRÜNEN intensiver nutzen.

R: Wenn man in Reichweite eines Abstimmungserfolges ist, dann ist man eher bereit einen Kompromiss einzugehen. Da habe ich dann auch Kuhhandel eingefädelt, wo die Fraktion nicht immer nur glücklich war mit mir. Ich bin weniger der Typ, der die ewigen Wahrheiten für sich gepachtet hat und jede Abweichung von der reinen Lehre als Abfall vom Glauben gegeisselt hat. Ich bin auch nie einer Pointe aus dem Weg gegangen. Mir war es wichtig, dass

man auch mal lachen konnte. Aber so zwischendurch ist auch mir das Lachen vergangen. Beim Abschied zitierte der Ratspräsident einen meiner Sprüche aus der Zeit von Fukushima: «Vergessen Sie den Atomstrom und benützen Sie mal Hirnstrom.» Ich glaub, der stimmt immer noch. Und die GRÜNEN haben sich in dieser Zeit nicht gross verändert.

Montagsmorgen werdet ihr jetzt künftig nicht mehr im Rathaus sitzen, sondern...?

R: Am Montagmorgen gehe ich ganz normal an die Arbeit. Dafür habe ich am Sonntag Zeit für Ornithologie, um z.B. Kiebitze, Rohrdommel und Eisvogel zu beobachten.

K: Montag wird ein recht gewöhnlicher Wochentag sein mit Beruf, Familienarbeit und sonstigen Pendenzen. Umso spektakulärer werden hoffentlich die wieder frei werdenden Wochenenden.

■ Das Gespräch führte Steven Goldbach, Geschäftsführer a.i. Grüne Kanton Zürich

**NATURSCHUTZ
FÜR WÄDENSWIL**



Dank einer hervorragenden Zusammenarbeit von Transition, Naturschutz, den GRÜNEN sowie einer guten Vernetzung mit anderen Parteien konnte in Wädenswil an der letzten Budgetdebatte eine Stelle für «Biodiversität und Naturschutz» bewilligt werden. Bis anhin mangelte es an finanziellen Ressourcen und dem entsprechenden Know-how. Der Naturschutz Wädenswil hat eine Analyse mit einem Massnahmenplan für mehr Biodiversität in Wädenswil erstellt. In diesem Dokument wurde auf die Dringlichkeit hingewiesen, den gesetzlichen Auftrag der Gemeinde umzusetzen und Arbeit im Natur- und Biodiversitätsschutz zu leisten, was eine knappe Mehrheit der Politiker*innen überzeugte. Der Posten soll auch eine Schnittstelle zwischen den verschiedenen Verwaltungseinheiten werden, die Baugesuche prüfen und Bauherrschaften beraten.

■ Rita Hug, Gemeinderätin Wädenswil

**40 JAHRE
GRÜNE BÜLACH**

Die Grünen Bülach, gegründet am 19. Januar 1980, sind eine der ältesten Grünen Parteien der Deutschschweiz und das in einer Hochburg der SVP! Auch sonst sind die «Grünen Büli» speziell: Statt sich zu spalten, blieben sie 2004 zusammen. Die GLP Bülach wurde erst 2011 gegründet. 2019/20 ist Claudia Forni, als engagierte Grüne, sogar höchste Bülacherin. Es gibt somit viele Gründe zum Feiern.

Am 18. Januar 2020 lud die Ortspartei die Bevölkerung zu einem kostenlosen Kinofilm ein. «Der grüne Berg» (1990) wurde in Anwesenheit des Regisseurs Fredy Murer gezeigt, der eindrücklich und sehr persönlich von der Entstehung des Filmes und den Plänen der Nagra am Wellenberg erzählte. Am 19. Januar waren dann zahlreiche Grüne im Sigristenkeller zum Vortrag zweier Historiker mit Archivfilmen über die Umweltbewegungen zwischen 1940 und 1990 eingeladen. Beide publizieren im Frühling ein Buch zum Thema. Das anschliessend von Gemeinderat Luís Calvo moderierte Podium mit Marco Buser, Martin Neukom und Marionna Schlatter katapultierte das Publikum wieder in die Aktualität der Tiefenlager-Diskussion. Bei einem wunderbaren, vegetarischen Mittagsbuffet des lokalen Unternehmers «Fürst unverpackt» konnten junge und ältere Grüne in ihren Erinnerungen schwelgen und neue Pläne aushecken. Alle Anlässe waren nur dank grosszügigen Spenden möglich. Dafür sei hier herzlich gedankt!

■ Johanna Wirth Calvo, Grüne Bülach

**ADLISWIL: ERFOLG
DER BODENINITIATIVE**

«Es ist eine kleine Sensation: Die Bodeninitiative von SP und GRÜNEN ist in Adliswil angenommen worden.» So titelte der Tages-Anzeiger am 10. Februar 2020. Und in der Tat: das Resultat kam für viele überraschend, hatten doch alle anderen Ortsparteien empfohlen, ein Nein in die Urne zu legen.

Initiative siegt im Stichentscheid

Viele Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sahen das anders und unterstützten unser Anliegen, das stadteigene Land in Zukunft nicht mehr zu verkaufen. Angenommen wurden mit 51,8 Prozent Ja-Stimmen sowohl die Initiative «Land behalten – Adliswil nachhaltig gestalten» als auch mit 53,9 Prozent der Gegenvorschlag des Stadtrates, welcher lediglich eine obligatorische Volksabstimmung bei Verkäufen über 3 Mio. Franken Verkaufssumme vorsah. Im Stichentscheid erzielte die Initiative jedoch 31 Stimmen mehr als der Gegenvorschlag. «Jede Stimme zählt» ist weit mehr als nur eine Floskel, das hat dieses Resultat wieder einmal bewiesen.

Ausverkauf gestoppt

Nun wird der Verkauf von städtischem Grundbesitz stark eingeschränkt. Das ist auch bitter nötig, haben die bürgerlichen Entscheidungsträger*innen doch in den letzten 20 Jahren fast alles Land verscherbelt, welches gerade nicht für Schulen, Sportanlagen oder Verwaltungsgebäude benötigt wurde. Begründet wurde dieser Ausverkauf stets mit den hohen Investitionssummen. Was passieren soll, wenn kein Land mehr da ist, um Bauprojekte zu finanzieren, schien bis anhin aber niemanden zu interessieren.

■ Marianne Oswald, Gemeinderätin Adliswil



KOMMUNALER RICHTPLAN

Wir verlangen eine Städteplanung, die jetzt Antworten findet auf die Klimaveränderung und die Frage, wie der CO₂-Ausstoss reduziert werden kann.

Das Wohl der Wohnbevölkerung ins Zentrum rücken, Raum schaffen für mehr Bäume, Grünräume und entsiegelte Flächen, Umwidmung von Strassenflächen, ein Ausbau der grünen und blauen Infrastruktur, die Konzepte der Schwammstadt und eine Stadt der kurzen Wege: Dies sind alles Anliegen, die dringend auch in den kommunalen Richtplan Einzug halten müssen.

Die Klimamodelle vom Kanton zeigen, dass die Anzahl der Hitzetage (über 30 Grad), Tropennächte und Starkniederschläge (+ 40%) zunehmen werden. Soll auch den nachfolgenden Generationen noch eine lebenswerte Stadt erhalten bleiben, muss jetzt gehandelt werden.

Die blind verfolgte quantitative Verdichtung, mit dem vom Kanton «verordneten» Wachstum begründet, wird dazu keinen Beitrag leisten. Ausreichend Flächen für Schulen, Freiräume und weitere Infrastrukturbedürfnisse zu sichern, ist schon mit den bestehenden Verdichtungsmöglichkeiten eine Herkulesaufgabe. Eine zusätzliche Verdichtung über die BZO 16 hinaus ist kritisch und stösst an Grenzen. Dies zeigt sich u.a. auch in der Freiraumversorgung. Für die prognostizierten 100'000 zusätzlichen Einwohner*innen bräuchte es zusätzliche 80 ha Freiräume. Ausgewiesen werden gerade mal 40 ha. Darin enthalten sind auch wenig realistische, weil enorme Kosten verursachende Überdeckungen, wie zum Beispiel der Seebahneinschnitt. Dies ist nur ein Beispiel!

■ Brigitte Fürer & Gabi Kisker, Gemeinderätinnen Stadt Zürich

DAS ROSENGARTEN-SIGNAL

VERKEHRSPOLITIK AM WENDEPUNKT

«Die grosse Wende am Rosengarten – nach dem Nein zum Milliardenprojekt herrscht Ratlosigkeit» titelte die NZZ. Ratlos bleiben nur die Befürworter*innen des Tunnelprojekts. Wir GRÜNEN fordern eine Verkehrswende im Kanton Zürich.



Nach dem deutlichen Nein zur Tunnelvorlage hat Regierungsrätin Carmen Walker Späh am Abstimmungstag ziemlich als Erstes ihren Unwillen zur Weiterarbeit am Rosengarten geäussert. Diese Verweigerungshaltung kommt bei der Bevölkerung schlecht an. Ganz besonders in Wipkingen.

Wipkingen zeigt Flagge

Die Ablehnung des Rosengartentunnels fiel ausgerechnet im betroffenen Kreis am deutlichsten aus. Wer die Geschichte der Verkehrsplanung für Wipkingen und Höngg kennt, ist von diesem Resultat nicht überrascht worden. Seit Jahrzehnten leiden die beiden Quartiere am massiven Verkehr durch ihre ehemaligen Dorfzentren. In einem vom Tiefbauamt organisierten Mitwirkungsverfahren diskutierten die Teilnehmenden die Verkehrsprobleme intensiv. Es ging ihnen dabei nicht einfach um die Beruhigung einzelner Strassenabschnitte. Den Leuten lag viel Grundsätzlicheres wie die Aufenthaltsqualität im Strassenraum, die Zugänglichkeit des Limmatufers und die Reduktion des motorisierten Ver-

kehrs am Herzen. Walker Späh hat dort die Chance verpasst, die grosse Skepsis gegen den Aus- und Weiterbau von Verkehrswegen aufzunehmen.

Bürgerliche Verkehrspolitik am Ende

Im Kantonsrat dagegen herrschte bei der Debatte um den Rosengartentunnel eine ganz andere Tonalität. Hier huldigten die bürgerlichen Parteien auch 2019 noch der freien Fahrt für freie Bürger. Auch ein Anti-Stadt-Reflex spielte mit, wenn sie links-grüne Verkehrspolitik anprangerten. Die Gegenargumente von Grüner und linker Seite blieben chancenlos. Diese bürgerliche Verkehrspolitik ist am Abstimmungssonntag im ganzen Kanton – in der Stadt und auf dem Land – gescheitert. Die Wichtigkeit von Klimaschutz und Nachhaltigkeit ist definitiv in der breiten Bevölkerung angekommen.

Zürich will und braucht eine Verkehrswende. Auf Walker Späh wartet noch viel Arbeit.

■ Kathy Steiner, Grüne Kreis 6/10

GESTALTUNGSPLAN

AREAL HARDTURM-STADION

Am 17. Mai 2020 stimmt die Stadt Zürich über den Gestaltungsplan «Areal Hardturm-Stadion» ab, nachdem von der IG Freiräume Zürich-West das Referendum ergriffen wurde. Eticus Rozas, Vorstand Grüne Stadt Zürich, und Lisa Kromer, Mitglied Grüne Stadt Zürich & Sprecherin IG Freiräume Zürich-West, im Streitgespräch.

E.: Ich bin für den Gestaltungsplan Hardturm-Areal. Dies aus den gleichen Gründen wie bei der letzten Abstimmung. Mit dem Projekt wird wichtiger Wohnraum geschaffen, auch bezahlbarer. Die Stadt bekommt endlich ein Fussballstadion. Fussball ist ein Breitensport, er bringt Menschen unterschiedlicher Herkünfte zusammen und trägt somit zur Integration bei.



L.: Würdest du den monströsen Betonbauten auch zustimmen, wenn kein Stadion gebaut würde?

E.: Gegenfrage: Würdest du Wohnraum für 1'500 Personen auch ablehnen, wenn dieser nicht vor deiner Tür gebaut wird? Das Projekt schafft viel dringend benötigten Wohnraum für alle Schichten und trägt zur Belebung und Durchmischung des Quartiers bei. Bei einem Nein kann die CS übrigens ein reines Renditeprojekt hinstellen – ohne Mitsprache der Stadt und mit noch mehr Beton.

L.: Wohnraum ist das, was es in Zürich braucht! Auf den 5,5 Hektaren könnte die Stadt viel mehr bezahlbaren Wohnraum und dazu einen angemessenen, grünen Freiraum für das Quartier schaffen. Als natürliche Kühlung. Das wäre aus meiner Sicht genau das, was auf dem Hardturm-Areal passieren sollte! Zürich West ist heute einseitig ausgerichtet – wegen den zu vielen teuren Wohnungen ist das durchschnittliche Einkommen höher als am Zürichberg.

Mit den Türmen wird das Verhältnis noch schlechter. Übrigens ist es nicht wahr, dass die CS, sollte sie ihren Teil des Landes zurückkaufen, machen kann, was sie will. Ein Projekt wie Ensemble könnte sie nie und nimmer realisieren. Die Stadt kann hier Auflagen machen und verlangen, dass die CS gemeinnützigen Wohnraum erstellen muss.

E.: Das Projekt sieht gemeinnützige Wohnungen für rund 500 Personen vor. Mehr geht nicht,

weil die Lärmschutzverordnung in der Ecke Pfingstweidstrasse/Bernerstrasse erst ab einer Höhe von rund 27 Metern Wohnungen erlaubt. Eine Genossenschaft lässt sich so nicht bauen. Nur mit einem Ja ist der Wohnungsbau für 1'500 Personen gesichert.

L.: Ein Nein heisst, sich für eine ökologischere, zukunftsverträglichere Arealentwicklung einzusetzen. Mit einer geschickt orientierten Überbauung lassen sich viel mehr als 174 preisgünstige Wohnungen realisieren – und man kann erst noch etwas gegen die grosse Überhitzung in Zürich West unternehmen. Der CS, dem grössten Treiber des weltweiten CO2-Ausstosses, sollten wir als GRÜNE hier Einhalt gebieten und uns nicht mit einem Stadion kaufen lassen.

■ Eticus Rozas, Vorstand Grüne Stadt Zürich und Lisa Kromer, Mitglied Grüne Stadt Zürich & Sprecherin IG Freiräume Zürich-West

NEU IM KANTONS RAT

NORA BUSSMANN

Seit Anfang Februar ist Nora Bussmann neu im Kantonsrat. Sie rutschte für die zurückgetretene Kathy Steiner nach. Hier stellt sie sich vor.

Nach 24 Jahren nun die zweite Erfahrung als Kantonsrätin: seit meinem Amt im Kanton Schwyz um einige Lebenserfahrung reicher, pragmatischer und vernetzter, bin ich heute im «vergrüntem» Kanton Zürich politisch weniger isoliert als damals. Daher freue ich mich ungeheuerlich auf das Amt als Kantonsrätin in einer gestärkten Grünen Fraktion.

Nach dem Geschichtsstudium arbeitete ich als Projektleiterin bei der Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich. Als der Ruf nach Lehrpersonen in der Primarschule sehr stark war und ein kurzer Quereinstiegsstudiengang angeboten wurde, wechselte ich ins Bildungswesen, wo ich mich beruflich am richtigen Ort fühle. Nach 6 Jahren als Lehrerin arbeite ich nun als Schulleiterin von knapp 400 Primarschüler*innen in Zürich Oerlikon.

Meine eigenen drei Kinder sind bereits im jugendlichen oder jungen Erwachsenenalter.

■ Nora Bussmann, Kantonsrätin



Nora Bussmann

GESUCHT: NEUES LAUBMANAGEMENT FÜR WINTERTHUR

Benzinbetriebene Laubbläser sind nervig laut, verursachen Stress und bedeuten für viele Kleinstlebewesen sogar den Tod. Weil bis anhin Effizienz und Sauberkeit auch in Winterthur im Umgang mit Laub Priorität hatten, verärgern die ungeliebten Zweitakter alljährlich im Herbst die Bevölkerung und beeinträchtigen nebenbei fast unbemerkt auch die Biodiversität.

Die Bläser schädigen, das haben Untersuchungen gezeigt, die grösseren und kleineren Vertreter der Bodenfauna. Durch Aufwirbeln und teilweise Verfrachten von Feinstaub, Parasiten und Viren muss auch von einer gesundheitsschädlichen Wirkung auf die Mitarbeiter*innen von Stadtgrün und alle sich in der Umgebung aufhaltenden Personen ausgegangen werden. Zudem wird den Stauden- und Wiesenflächen durch den Entzug des Laubes die natürliche Nährstoffzufuhr verwehrt. Dies unterbricht den biologischen Kreislauf unnötig.

Dies müsste nicht sein, fand die grüne Gemeinderatsfraktion, und lancierte im Februar einen Vorstoss mit dem Auftrag an die Regierung, ein Konzept

werden. Denn mit Graz und Luzern haben wir zwei hervorragende Beispiele, wie es auch anders geht. Luzern ist nicht umsonst als erste Schweizer Stadt, zusammen mit Winterthur, mit dem Gütesiegel «Grünstadt» für nachhaltiges Stadtgrün und Grünräume mit garantiert hoher Qualität ausgezeichnet worden. Luzern hat hierfür ein eigentliches Laubmanagement ausgearbeitet. Ziel ist es, so wenig Laub wie möglich abzutransportieren. Wo früher mit dem Laubbläser alles bis aufs letzte Blatt entfernt wurde, dürfen heute viele Blätter liegen bleiben.

David Risi, zuständig für die Entwicklung und Pflege der Grünflächen der Stadt Luzern, erklärt: «Wenn wir die Möglichkeit haben, das Laub zum



auszuarbeiten, wie insbesondere auf die benzinbetriebenen Geräte verzichtet werden kann. Dabei soll einerseits, da wo möglich, zugunsten des natürlichen Bodenkreislaufs auf Null-Laub-Toleranz verzichtet und andererseits wieder vermehrt auf manuelle Rechen- und Wischarbeit gesetzt werden.

Auf der Suche nach dem neuen Konzept muss das Rad nicht neu erfunden

Beispiel in einer Hecke zu deponieren, bringen wir das Laub so wieder zurück in den Kreislauf.» Laub, das nicht liegen gelassen werden kann, kommt in die stadteigene Kompostieranlage. Dort wird das Restmaterial zu organischem Dünger verarbeitet, welcher wiederum für neue Bepflanzungen oder auf bestehenden Flächen zum Einsatz kommt.

GRÜNKOHL POLIZEIMELDUNG

Zürich (schweiz.), 20. März 2020 (n.Chr., jüdischer Herkunft, Halbpalästinenser): Die Stadtpolizei Zürich meldet die Festnahme zweier Taschendiebe (TG, mütterlicherseits TI, sowie AG, gopfl). Die Verhafteten (ausserkant!.) wurden in flagranti dabei ertappt, wie sie die Mäntel der Kantonsratsfraktion der Grünen (div. Herkünfte, teilw. Migrationshintergrund, teilw. dubios) in der Garderobe des Ratsgebäudes durchneuselten. Dabei fielen ihnen Wertgegenstände in der Höhe von mehreren Franken in die Hände. «Wehret den Anfängen», sagte der Polizeisprecher Marco Cortesi (GR, vermutlich). Nur dem schnellen Eingreifen der anwesenden Beamten (Stadtzürcher, reinrassig) sei es zu verdanken, dass nichts passiert sei. Und der Armut der Fraktion natürlich (Secondos!). Die verhafteten Ausländer würden nun dem Untersuchungsrichter (eingeschweizert) vorgeführt. Es gilt die Unschuldsvermutung. Aber sowas von!

■ G. Kohl

Da das neue Laubmanagement nur ein kleines Element eines umfassenden Erneuerungsprozesses des gesamten Grünflächenmanagements in Luzern ist, wurde eine ständige Sensibilisierung der Mitarbeiterschaft und Verwaltung notwendig. Das neue Konzept ist so breit abgestützt und bürgt für Qualität.

Dank der für den Vorstoss im Rat zustande gekommenen Mehrheit sind wir zuversichtlich, dass auch die Stadt Winterthur zu einer besseren Lösung im Umgang mit dem Laub findet und damit gleich mehrere positive Wirkungen erzielen kann: Förderung der Biodiversität, CO2-Reduktion und nicht zuletzt viele «ohrenberuhigte» Stadtbewohner*innen. Nicht nur sie werden es der Stadt danken.

■ Katharina Frei Glowatz, Gemeinderätin Winterthur

KEIN PLATZ FÜR STIGMATISIERUNG

Die Jungen Grünen Zürich haben beschlossen, das Referendum gegen die Nationalitätensnennung von mutmasslichen Straftätern zu ergreifen.

Erst kürzlich hat das Schweizer Volk einer Gesetzesänderung gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zugestimmt. Dies zeigt, wie wichtig es der Bevölkerung ist, Minderheiten zu schützen und für Menschen einzustehen.

Zeitgleich möchte die SVP im Kanton Zürich weiter diskriminieren und stigmatisieren: Mit ihrer kantonalen Volksinitiative zur Nationalitätensnennung von mutmasslichen Straftätern wollen sie bei Medienmitteilungen und an Medienkonferenzen nicht nur Menschen ohne Schweizer Pass, sondern auch Schweizer*innen mit Migrationshintergrund blossstellen. Die Initiative trägt den unschuldigen Namen «Transparenzinitiative». Die zuständige Kommission des Kantonsrats hat einen Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet, welcher 90 Prozent der Forderungen der SVP erfüllt. Kann es tatsächlich sein, dass die SVP so leicht und schnell ihre fremdenfeindliche Politik vollziehen kann und der Kantonsrat klein beigt, bloss weil der Gegenvorschlag das kleinere Übel ist? Einen solchen Gegenvorschlag, welcher in seinem xenophoben Grundsatz der Volksinitiative in nichts nachsteht, können wir nicht gutheissen.

In der Stadt Zürich gibt es bei Polizeimeldungen keine Nationalitätensnennungen. Weder für die Bevölkerung noch für die Polizei scheint das ein Problem zu sein. Im Gegenteil: Es zeigt auf, dass es keine Rolle spielt, wer eine Straftat begangen hat. Stattdessen wird der Fokus daraufgelegt, welche Straftat begangen wurde, anstatt gewisse Menschengruppen anzuprangern.

Die Jungen Grünen Zürich wollen weder die SVP-Initiative noch den scheinheiligen Gegenvorschlag.

Wir stehen für einen offenen Kanton Zürich ein, in dem man allen Menschen gleich begegnen soll. In einem solchen Kanton Zürich hat es weder für Stigmatisierung noch für Xenophobie Platz. Um einen solchen Kanton Zürich möglich zu machen, müssen wir auch in der Politik mutig sein. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Wie sich gezeigt hat, sind wir nicht allein mit dieser Meinung. Sollte sich im Kantonsrat eine Mehrheit für den Gegenvorschlag finden, werden wir das Referendum mit einem überparteilichen Bündnis ergreifen.

■ **Lea Wenger**
Co-Präsidentin Junge Grüne Zürich

NEUES CO-PRÄSIDIUM

Mitte November gaben Selina Walgis und Julian Croci als Co-Präsident*innen der Jungen Grünen Zürich ihren Rücktritt bekannt. An der Mitgliederversammlung Ende Januar wurde ihre Nachfolge gewählt. Delio Zanovello und Lea Wenger konnten die Wahl für sich entscheiden.

Das neue Co-Präsidium macht sich für überparteiliche Projekte stark. Der neue Führungsstil zeigt sich bereits im ersten Monat unter dem neuen Co-Präsidium: Nach der Demonstration gegen das WEF und dem Informationsanlass zu Flucht und Migration werden bereits weitere Aktionen mit anderen Jungparteien und Organisationen geplant. «Die Kommunikation funktioniert super. In vielen Bereichen stimmen Standpunkte und Ziele überein», sagt die neue Co-Präsidentin Lea Wenger. Auch das angekündigte Referendum gegen die Nationalitätensnennung soll auf einer breiten Basis ergriffen werden.

■ **Gina Marti**, Parteikoordinatorin Junge Grüne Zürich



Das neue Co-Präsidium der Jungen Grünen Zürich: Delio Zanovello und Lea Wenger.

GRÜNE TERMINE

GRÜNE KANTON ZÜRICH

7. April 2020, 19:30 Uhr

Generalversammlung

Stiftung zum Glockenhaus,
Sihlstrasse 33, Zürich (Saal London)

GRÜNE STADT ZÜRICH

31. März 2020, ab 19:00 Uhr

Generalversammlung

Karl der Grosse Kirchgasse 14, Zürich

1.-3. Mai 2020

1. Mai-Umzug und Festbar

u.a. Kasernenareal Zürich

6. Mai 2020, ab 20:00 Uhr

Plappéro

Zähringer, Zähringerplatz 11, Zürich

16. Mai 2020, 13:30-15:30 Uhr

**«Grüne Stadt im Hitzestress? Ein
Streifzug zwischen zwei Hotspots.»**

Gustav-Gull-Platz (Ecke Europaallee)

9. Juni 2020, ab 19:00 Uhr

Salon Vert

Ort wird noch bekannt gegeben

24. Juni 2020, ab 20:00 Uhr

Plappéro

Cabaret Voltaire, Spiegelgasse 1, Zürich

GRÜNE WINTERTHUR

2. April 2020, 19:30-21:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3

29. Mai 2020, 19:30-21:30 Uhr

Jahresversammlung

Kirchgemeindehaus, Liebestrasse 3

GRÜNE BEZIRK DIELSDORF

16. Mai 2020

Veranstaltung zum Tag der Sonne

Ort wird noch bekannt gegeben

21. Mai 2020, 9:00-15:00 Uhr

**Öffentliche Wanderung (Stadel, Pro
Natura Panzersperre, Schwarzwiese)**

Treff: Haltestelle, Stadel Zentrum 9.01

12. Juni 2020, 19:00 Uhr

Generalversammlung

Ort wird noch bekannt gegeben

GRÜNE SCHLIEREN

13. März 2020, 19:00 Uhr

**«Urban Green, Wirkung von Grünflä-
chen in Siedlungsräumen» mit Daniel
Guggisberg**

Stürmeierhuus in Schlieren

GRÜNE WEINLAND

3. April 2020, 18:20 Uhr

Generalversammlung

Vortrag zum CO₂-Gesetz von B. Girod
(19:30 Uhr), Henggart, Restaurant Bhf.

6. Juni 2020, 14:00 Uhr

**Veranstaltung « Humuspflge und
CO₂-Reduktion in der Landwirtschaft »**

Pyrolyse Auen Pflege Dienst AG, mit
Apéro, Ort: Andelfingerstr. 20, Flaach

GRÜNE WALD

28. April 2020, 19:30 Uhr &

11. Juni 2020, 19:30 Uhr

GrüneWaldler Parteihöck

Restaurant Schwert

25. Juni 2020

Gemeindeversammlung

Mit unserer Tempo-30 Initiative

GRÜNE BÜLACH

1. April 2020, 19:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Berglistrasse 24

4. April 2020, 8:30-13:00 Uhr

Velobörse

Marktgasse Untertor

8. Mai 2020, 19:00 Uhr

Generalversammlung

Berglistrasse 24

2. Juni 2020, 20:00 Uhr

Mitgliederversammlung

Seemattstrasse 7

GRÜNE BEZIRK USTER

25. April 2020, 10:00-15:00 Uhr

Velobörse Uster

Stadthausplatz, Bahnhofstr. 17

GRÜNE RICHTERSWIL

4. April 2020, 8:30-14:00 Uhr

Velobörse

Wysshusplatz n. Gemeindehaus

GRÜNE OBERRIEDEN

4. April 2020, 10:00-11:00 Uhr

Velobörse

Areal Schulhaus Pünt

GRÜNE DIETIKON

27. März 2020, 19:00 Uhr

Generalversammlung

Bremgartnerstrasse 124

9. Mai 2020, 9:00-16:00 Uhr

Frühlingsmarkt

Marktplatz Dietikon

GRÜNE WÄDENSWIL

4. April 2020, ab 8:00 Uhr

Velobörse

Ort: Eidmattareal in Wädenswil

26. Juni 2020, ab 19:30 Uhr

Sommerfest

Ort: Speerstr. 96, Wädenswil, Anmel-
dung unter heinz.wiher@win.ch

JUNGE GRÜNE

24. April 2020, 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung

Sekretariat, Ackerstrasse 44, Zürich

**Jeden zweiten Dienstag im Monat,
19:00 Uhr**

Stammtisch

Ambosrampe, Zollstrasse 80, Zürich

ALLE VERANSTALTUNGEN

gruene-zh.ch/veranstaltungen